





Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

sind die Jungpartei der sozialdemokratischen Partei. Das heisst, dass wir JUSOs Unterstützung von der SP erhalten und Vertretungsrecht in ihren Gremien haben. Dies bedeutet nicht, dass unsere Positionen mit jenen der SP immer deckungsgleich sind und wir ihr kritiklos folgen.

Wie sie stehen wir für soziale Sicherheit, Umweltschutz und den Service Public ein. In die SP tragen wir die sozialen Anliegen der jungen Generation von Schülern, Lehrlingen und Studenten.

A B C
1+1=3

> BILDUNG >

Die Zukunft der Jugend hängt entscheidend von ihrer Bildung ab. Bildung muss allen zugänglich sein und es darf nicht unnötig gespart werden. Wir fordern das Recht auf eine berufliche Ausbildung, niedrige Studiengebühren, öffentliche Weiterbildungsangebote für alle Generationen und den Ausbau des Stipendienwesens.

Grundvoraussetzung für eine funktionierende und lebendige Demokratie ist, dass allen Jugendlichen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern und ihrem eigenen Bildungsweg, ein Mindestmass an politischer Bildung vermittelt wird. In der Schule muss ihr mehr Zeit eingeräumt werden. Ab dem 8. Schuljahr soll sie im Rahmen eines ausgebauten Geschichtsunterrichts fester Bestandteil der Lehrpläne werden.



> ARBEIT >>

Seit 15 Jahren stagnieren die Löhne real. Die Vermögen der reichsten Schweizer vergrösserten sich aber um ein Vielfaches. Es ist kein Zufall, dass die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung immer grösser wird. Es ist das Ergebnis der bürgerlichen Finanz-, Wirtschafts- und ‚Sozialpolitik‘ der letzten 20 Jahre.

Wir wollen eine Politik, die die Interessen der lohnabhängigen Mehrheit vertritt. Nirgends in West- und Mitteleuropa müssen Lohnabhängige so lange arbeiten wie in der Schweiz. Gleichzeitig sind viele Menschen arbeitslos oder arbeiten weniger lange als sie eigentlich möchten. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren massiv angestiegen; eines der grössten Probleme ist, dass viele Jugendliche trotz grosser Bemühungen keine Lehrstelle finden.

Wir fordern aktive Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. Unternehmen, die ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehmen und zu wenig Jugendliche ausbilden,

sollen finanziell bestraft werden. Unternehmen, die viele Jugendliche ausbilden, müssen belohnt werden. Der Bund soll die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeiten vorantreiben, um die Arbeitslosigkeit zu senken, die Produktivität zu steigern und die Lebensqualität der Lohnabhängigen zu erhöhen; auch Lehrlinge sollten nach unserer Auffassung ein Recht auf genügend Ferien haben. Wir fordern deshalb sieben obligatorische Ferienwochen für Lehrlinge.



> WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE > > >

Die Profite der Grossaktionäre und Spitzenmanager explodieren. Das liegt oft daran, dass sich Unternehmensleitungen von Aktiengesellschaften nur gegenüber den Aktionären zu verantworten haben und die ArbeiterInnen, die tagtäglich in ihrem Unternehmen arbeiten, kaum Mitspracherechte haben.

Für uns JungsozialistInnen hört Demokratie nicht beim Stimmzettel auf. Wer arbeitet, soll auch mitreden dürfen. Auch ArbeiterInnen und Angestellte haben ein Recht auf Mitentscheidung. In der Privatwirtschaft soll mehr Demokratie gewagt werden.

Demokratie droht zur hohlen Phrase zu werden, wenn Massenmedien, die von den Interessen der Kapitalmärkte gelenkt werden, die öffentliche Meinung manipulieren.



> GESUNDHEIT > > > >

In keinem anderen Land Europas wird so viel Geld für das Gesundheitswesen ausgegeben wie in der Schweiz. Die Qualität der medizinischen Leistungen ist zwar gut, aber im internationalen Vergleich nicht hervorragend.

Hohe Medikamentenpreise, grosse Marketingausgaben der Versicherungen und übertriebener Föderalismus (zum Beispiel in der Spitzenmedizin) verschlingen ungeheure Summen. Darunter leiden Haushalte mit

kleineren und mittleren Einkommen. Wegen den Kopfprämien zahlen einfache Arbeiter gleich hohe Krankenkassenprämien wie reiche Spitzenmanager.

Im Gesundheitswesen besteht grosser Reformbedarf. Der Zugang zu notwendigen medizinischen Leistungen muss für alle garantiert bleiben. Bürokratische und wenig transparente Strukturen müssen abgebaut und die Finanzierung sozial gerechter werden.

Damit es bei der Erbringung der medizinischen Leistungen in Spitälern nicht mehr zu unnötigen Doppelspurigkeiten und Leerläufen kommt, muss die Planungskompetenz von den Kantonen auf den Bund übertragen werden.

Für Werbung und die „Jagd nach guten Risiken“ geben die Krankenkassen Unsummen aus. Der administrative Aufwand für den Wechsel von einer Krankenkasse zur anderen ist hoch. Der Wettbewerb zwischen viel zu vielen Krankenkassen produziert eine teure Bürokratie. Es muss eine nationale Einheitskrankenkasse an Stelle der heutigen Krankenkassen in der Grundversicherung treten. Sie wird nicht mehr mit Prämien, sondern durch erhöhte direkte und indirekte Steuern finanziert.

> FAMILIEN >>>>>



Vor der Einführung und dem Ausbau der AHV war die Altersarmut eines der grössten sozialen Probleme. Heute spricht fast niemand von Altersarmut. Von Armut betroffen sind heute viele junge Familien mit Kindern (oft Alleinerziehende mit tiefem Einkommen). Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Der Sozialstaat soll da deutlich ausgebaut werden. Die Höhe der Kinderzulagen muss steigen.

Deutlich mehr günstige Kinderbetreuungsplätze sollen geschaffen werden. Solche Massnahmen lohnen sich aber auch in anderer Hinsicht. Gerade die Aussicht für die sichere Finanzierung der Renten kann sich so deutlich aufhellen.



> UMWELT > > > > >

Die immer noch steigende Nachfrage nach fossilen Energieträgern (zum Beispiel Erdöl) und deren zunehmende Knappheit werden in den nächsten Jahren noch mehr negative Folgen haben. So wirkt sich schon heute die starke Erdölabhängigkeit negativ auf die Schweizer Wirtschaft aus und Kriege um diese Ressourcen tragen bereits jetzt zu einer weltweiten Destabilisierung bei.

Mit den Problemen im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung und mit dem Atommüll werden sich noch dutzende Generationen herumschlagen müssen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird eine der grössten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte werden. Seine Realisierung ist eine politische Aufgabe.

Der Staat ist als einziger in der Lage, diesen Umbau zu koordinieren und voranzutreiben. Je zielstrebig und schneller er vorangetrieben wird, desto kleiner werden die wirtschaftlichen Probleme sein, die in Zukunft anfallen werden.

In der Energiepolitik muss der durch Wasserkraft in der Schweiz schon hohe Anteil erneuerbarer Energien mit Effizienzsteigerungen, Anstossfinanzierungen und Forschungsinvestitionen weiter erhöht werden. Zudem braucht es Lenkungsabgaben, um die Energieverschwendung zu drosseln.

In der Verkehrspolitik muss der öffentliche Verkehr gestärkt werden. Wir fordern eine Senkung der Preise, den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur.



> WOHNRAUM > > > > > >

Vor allem in den Schweizer Grossstädten ist das Niveau der Mietzinse im Vergleich mit unseren Nachbarländern völlig überhöht. Insbesondere an Wohnungen für Familien und Auszubildende herrscht Mangel. Um Immobilienspekulation zu bekämpfen, wollen wir eine ge-

zielte Förderung des öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Der Staat soll (auch durch den Bau attraktiver Wohnungen) mehr für die Verbesserung der Wohnqualität in Stadtquartieren und Gemeinden tun.



> > > > > > >

Wir stehen allen Jugendlichen im Stadtkanton offen, die sich mit unseren Zielen identifizieren können. Wir freuen uns über jedes Neumitglied, das uns mit seinen Ideen und mit seinem Einsatz bereichert. Unser Ziel ist es, möglichst viele linksorientierte junge Baslerinnen und Basler in der JUSO Basel-Stadt zu organisieren. Alleine sind wir politisch machtlos. Gemeinsam sind wir stark. Darum lohnt es sich, uns zu organisieren.

Die JUSO Basel-Stadt hat zwei Hauptziele:

Wir wollen unseren Kanton mitgestalten. Basel muss nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern auch in sozialen und ökologischen Fragen eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Anliegen unserer Generation müssen mehr Gehör finden: Bildung und Forschung muss stärker gefördert und Jugendarbeitslosigkeit auch auf kantonaler Ebene bekämpft werden. Es muss mehr getan werden, damit Jugendliche nicht in die Sozialhilfe- und Schuldenfalle geraten. Die Mitspracherechte von Schülern, Lehrlingen und Studenten müssen gestärkt werden; die kulturelle Vielfalt und die aktive Kulturarbeit von Jugendlichen soll mehr gefördert werden. Die Liste dessen, was getan werden muss, ist noch lang.

Wir wollen anderen Jugendlichen unsere sozialistischen Überzeugungen näher bringen. Das tun wir auch mit dieser Broschüre. Politische Bildung ist für uns extrem wichtig. Wer nichts weiss, kann nichts verändern. Es ist unser Ziel, unsere Bildungsarbeit inner- und ausserhalb der JUSO zu intensivieren. Wir wollen andere Jugendliche überzeugen, dass es sich lohnt, sich für

mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit, für mehr Umweltschutz, für eine aktive Friedenspolitik und gegen jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung zu kämpfen.

Zurzeit trifft sich die JUSO Basel-Stadt mindestens zwei mal im Monat:

- ▶ An jedem ersten Donnerstag im Monat treffen wir uns normalerweise zur Mitgliederversammlung.
- ▶ Wir organisieren mindestens einmal im Monat (manchmal gemeinsam mit der JUSO Baselland) Bildungsveranstaltungen mit zum Teil prominenten Gästen zu unterschiedlichsten Themen.
- ▶ Vor Volksabstimmungen organisieren wir öffentliche Infoveranstaltungen mit kompetenten Referentinnen und Referenten.
- ▶ Zudem sind wir immer an den Delegierten-versammlungen der SP Basel-Stadt und der JUSO Schweiz präsent und beteiligen uns auch an deren Arbeits- und Sachgruppen.
- ▶ Politik hört für uns nicht an der Landesgrenze auf. Wir treffen uns zweimal im Jahr zu politischen Diskussions- und Bildungsveranstaltungen mit Jungsozialisten aus dem Elsass und Südbaden.

Aber wir treffen uns natürlich auch oft ausserhalb der Sitzungen, veranstalten regelmässig Strassen- und Standaktionen, diskutieren lebhaft miteinander und treffen uns auch gerne einmal zu einem kleinen Fest oder Filmabend. Gelegentlich findet auch eine grosse JUSO-Party statt. Im Winter organisieren wir ein Wintersportwochenende und im Sommer ein Fussball-Grümpeli-Turnier. Wir würden uns sehr über deine Teilnahme an unseren Diskussionen und Aktionen freuen!

Das Präsidium der JUSO Basel-Stadt: Ronny Bösiger und Co-Vizepräsidenten: Kaspar Wolfensberger und Florin Schaffner.

